

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 2/2026

4. August 2026



Liebe Leserinnen und Leser,

Die parlamentarische Sommerpause hat begonnen. Im Landtag und in den Fraktionen wird es ruhiger, die Abgeordneten werden vermehrt in ihren Wahlkreisen unterwegs sein. So nehme auch ich jetzt zahlreiche Termine im Wahlkreis wahr und bereite mich inhaltlich auf meine neuen Sprecher-Funktionen in der Fraktion vor. Und natürlich werde ich die Sommerferien auch für eine gemeinsame Auszeit mit meiner Familie nutzen. Zumal sich diese jüngst um eine kleine Romy erweitert hat. Ich hätte es vor einiger Zeit noch nicht für möglich gehalten, aber Opa zu sein, macht mir sehr große Freude.

Im Juni habe ich mich in Ulm als Landesvorsitzender verabschiedet. Zugegeben: Es ist mir nicht leicht gefallen - und das tut es auch immer noch nicht, nach zehn Jahren als Fraktionsvorsitzender und acht Jahren an der Spitze unseres Landesverbands ins zweite Glied zurückzutreten. Aber ein "Weiter so" kann es nicht geben. Wir brauchen eine Neuaufstellung. Die Mitgliederbefragung war ein starkes Zeichen gelebter innerparteilicher Demokratie. Unsere Basis hat entschieden und ein klares Signal gesendet. Ich gratuliere Isabel und Robin zu dem starken Ergebnis. Nach dem schlimmen Tiefschlag der Landtagswahl müssen wir wieder Luft holen, das Kreuz durchdrücken und den Blick nach vorne richten. Dabei müssen wir alle helfen. Denn SPD ist Teamwork. Auch ich werde weiter helfen, wo immer ich kann. Denn meine Verantwortung für die SPD und die Sorge um meine Partei habe ich mit meinen Spitzenämtern nicht abgegeben.

Im Landtag haben wir in den letzten Jahren starke Oppositionsarbeit geleistet – und es gab wahrlich genug an Grün-Schwarz zu kritisieren. Aber wir haben auch Lösungen aufgezeigt und konstruktive Angebote an die Landesregierung gemacht, um Probleme im Land zu lösen. Und so schlecht können diese Vorschläge nicht gewesen sein, denn endlich tut sich etwas hinsichtlich unserer langjährigen Forderung nach Gebührenfreiheit für Kitas – zumindest für das letzte Kitajahr. Und wie lange schon fordern wir mehr Unterstützung für unsere Kommunen? Sie sind das Rückgrat unseres Staates und ihre angemessene Finanzierung darf nicht an einer falschen Interpretation der Schuldenbremse scheitern. Das wird so langsam auch Grünen und CDU klar. Wir werden auch weiterhin wachsam sein und den Finger in die Wunde legen, wenn uns das zum Wohle der Menschen im Land notwendig erscheint. Und aus genau demselben Grund werden wir uns einer Zusammenarbeit mit der Landesregierung nicht verweigern. Denn es hilft niemandem, wenn eine Partei einfach strikt gegen alles ist und nur Zweifel und Ängste in der Bevölkerung schürt. Wir als SPD waren schon immer eine Fortschrittspartei - eine Partei der Zuversicht und der Hoffnung. Wir werden auch jetzt nicht untätig zuschauen, wenn überall Stellen abgebaut werden sollen. Wir werden weiter an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stehen. Denn sie sind weder Ballast noch reine Kostenfaktoren. Sie sind das wahre Kapital unserer Wirtschaft – ohne sie gibt es keine Transformation und keinen Fortschritt. Viele Jahre haben wir in der SPD in diesem Sinne gemeinsam an einem Strang gezogen. Lasst uns das auch weiterhin tun! Was immer wir in unserer Partei alles ändern und anders machen müssen in Zukunft: Unsere Geschlossenheit und unser Miteinander sollten wir uns erhalten. Wir werden es brauchen!

Ich wünsche Euch, Euren Freunden und Familien schöne Sommertage und, wer hat, einen wunderbaren erholsamen Urlaub. Und für heute wünsche ich eine interessante Lektüre.

Euer Andreas Stoch

Industriestandort sichern

In der 8. Sitzung des Landtags am 15. Juli thematisierte die SPD in ihrer Aktuellen Debatte die **Sicherung des Industriestandorts und den Erhalt wichtiger Arbeitsplätze in Baden-Württemberg.**

In seiner Rede verwies der Fraktionsvorsitzende **Sascha Binder** auf die vielen Nachrichten, die derzeit über den Abbau von Tausenden Arbeitsplätzen berichten. Hinter jeder Stelle stehe ein Mensch, eine Familie – stehen Hoffnungen und Ängste. Deswegen wolle er sich zunächst an die Beschäftigten in diesem Land wenden. Die Fraktion habe Arbeitnehmervertreter großer Firmen zur Debatte in den Landtag eingeladen, denen er die Botschaft mitgeben wolle: „Lassen Sie sich nicht einreden, dass Sie das Problem sind! Sie haben Baden-Württemberg zu dem starken Industriestandort gemacht, den wir heute haben – mit Ihrem Wissen, Ihrer Kompetenz, Ihrem Erfindergeist und Ihrer Bereitschaft, sich immer wieder auf Neues einzulassen.“ Die Transformation der Wirtschaft werde nicht gegen die Beschäftigten gelingen, sondern eine Zukunft gebe es nur gemeinsam mit ihnen. Die SPD biete der Landesregierung und den Regierungsfractionen an, diese Debatte, die über die Zukunft des Industriestandortes und vieler Arbeitsplätze entscheidet, nicht gegeneinander, sondern gemeinsam als einen Wettstreit um die besten Ideen zu führen. Deswegen wolle man den Vorschlag des Gesamtbetriebsratsvorsitzenden von Bosch aufnehmen, sich gemeinsam an einen Tisch zu setzen. Die SPD sei dabei, wenn der Ministerpräsident den Gesetzentwurf zur Abschaffung der Berichtspflichten einbringt, einen Zukunftsfonds zur Unterstützung der Unternehmen und der Beschäftigten in der Transformation schafft und den Staat modernisieren will. Die SPD wolle mitwirken, das alles zügig umzusetzen – auch außerhalb des parlamentarischen Sitzungskalenders. Man müsse gemeinsam in Europa für mehr Flexibilität sorgen, um die Umgestaltung der Wirtschaft zu bewältigen. In den letzten Jahren habe man sich leisten können, in Europa eine wenig interessengesteuerte Industriepolitik zu machen, weil es freie Märkte gab. Das habe sich deutlich gewandelt. Deswegen müsse man in Brüssel nun dafür sorgen, dass Deutschland und speziell Baden-Württemberg ein attraktiver Industrie- und Produktionsstandort bleibe. „Wir waren schon oft in schwierigen Situationen, aber wir haben Vertrauen in die Zukunft dieses Standorts. Wenn wir mutig bleiben und mit Zuversicht in die Zukunft schauen, dann werden wir stark bleiben in Baden-Württemberg – gemeinsam mit den Beschäftigten und mit den Unternehmen. Und dann wird auch die Demokratie stark bleiben in unserem Land“, schloss Binder.

Umgang mit Referendaren

In der 9. Sitzung des Landtags am 22. Juli stand der **Antrag der SPD zur Bezahlung der Referendarinnen und Referendare in den Sommerferien zur Diskussion und namentlichen Abstimmung.** Die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, **Katrin Steinhülb-Joos** hält als Ausbilderin, Lehrbeauftragte, Schulleiterin und Prüfungsvorsitzende die Bezahlung der Referendare in den Sommerferien für eine längst überfällige Sache. „Die Referendare entlasten die Kollegien, unterstützen die Schülerinnen und Schüler, bringen Innovationen in die Schulen, haben im zweiten Bildungsabschnitt einen eigenständigen Lehrauftrag und besuchen während der gesamten Zeit die Seminare und müssen dort auch zahlreiche Aufgaben erledigen. Wir reden hier von 50-60 Stundenwochen, immensem Schlafmangel und permanentem Druck. Die finale Lehramtsprüfung folgt dem 18-monatigen Referendariat. Ist dies geschafft, stehen die Sommerferien vor der Tür. Doch da beginnen bereits wieder die Vorbereitungen für das nächste Schuljahr, die sehr viel Zeit in Anspruch nehmen, aber nicht bezahlt werden. Die unwürdige Realität ist, dass das Land die Referendare, die 18 Monate geschuftet und geschwitzt haben und nach den Sommerferien in eine große Verantwortung gehen, in eine sechswöchige Arbeitslosigkeit schickt. Welcher Arbeitsgeber behandelt so seine Beschäftigten?“, fragte Steinhülb-Joos. Dieses Jahr treffe es 4000 junge Menschen. Auch Kultusminister Jung halte das für einen untragbaren Zustand und habe versprochen, für eine faire Bezahlung zu sorgen. Den Referendaren wurde Hoffnung gemacht, doch dann hätten die grünen Kollegen Özdemir und Bayaz das Anliegen „abgebügelt“. Auch die GEW spreche hier von einem kommunikativen Desaster und einem bildungspolitischen Fehlstart. Nach einer SWR-Umfrage würde sich nicht einmal die Hälfte aller Referendare nochmals für das Lehramt entscheiden. Das sei wenig verwunderlich, wenn Grün-Schwarz nicht bereit ist, 0,07 Prozent des Kultusetats für die Bezahlung des Lehrkräftenachwuchses über die Sommerferien aufzuwenden. „Uns rennen die Lehrkräfte weg, denn das spricht sich leider herum. Es reicht nicht, Herr Kultusminister, in Interviews eine faire Bezahlung zu versprechen und sich feiern zu lassen. Ein Versprechen allein ist noch keine Wertschätzung! Kommen Sie endlich in die Umsetzung und überzeugen Sie den Ministerpräsidenten und den Finanzminister. Jetzt können hier an Ort und Stelle alle ein Zeichen setzen und dem Antrag der SPD auf eine faire Bezahlung der Referendare zustimmen.“
Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mehrheitlich durch die Regierungsfractionen abgelehnt.

Austausch Rektor DHBW Heidenheim

Anfang Juni besuchte ich den neuen Rektor der DHBW Heidenheim, Prof. Dr. Marcus Hoffmann. Die DHBW spielt für den Standort Heidenheim eine wichtige Rolle: zum einen für die jungen Menschen hier, insbesondere für die Jugendlichen, die nicht aus Familien mit akademischem Hintergrund kommen, zum anderen auch für die Unternehmen unserer Region. Denn die DHBW gewährleistet, dass dringend benötigte Fachkräfte in der Region bleiben oder aus anderen Regionen hierherkommen. Durch die mittlerweile vollzogene bauliche Erweiterung sind gute Voraussetzungen gegeben, weiter zu wachsen. Prof. Hoffmann legte dar, dass sein erklärtes Ziel sei, „die Würfel vollzubekommen“. Deswegen setzt er u.a. verstärkt auf Bildungspartnerschaften, die den Übergang von der Schule an die Hochschule begleiten und die DHBW stärker in den Fokus von Schülerinnen und Schülern rücken sollen. Hinsichtlich des Lehrpersonals sei die DHBW gut aufgestellt, alle Professuren seien besetzt oder derzeit in Besetzung. Durch die aktuelle Situation der öffentlichen Kassen steige allerdings der Kostendruck, der durch die angestrebte Erhöhung der Studierendenzahlen entschärft werden könne. Ich begrüße eine frühe Berufs- und Studienorientierung und habe als Kultusminister deswegen eigens ein Unterrichtsfach dafür im Schulgesetz verankert. Es ist wichtig, dass junge Menschen das Angebot der DHBW kennen lernen können. Denn dies sei ein bewährtes Studienkonzept für ein intensives Studium mit gutem Studienstart und enger Betreuung, starker Performance und hoher Übernahmequote durch die Partnerunternehmen, so Prof. Hoffmann. Zukünftig wolle man mehr auf die Themen der dualen Partner eingehen, denn gerade darin bestehe die Stärke der DHBW. Auch in der „Zukunftsinitiative Ostwürttemberg“ sieht der Rektor großes Potential. Es gehe schließlich nicht nur um den Wettbewerb um junge Menschen, sondern auch um einen Wettbewerb der Regionen. Wichtig seien auch die Rahmenbedingungen in der Stadt Heidenheim. Wegen der Belebung der Innenstadt und für ein gutes Kulturangebot sei er im Austausch mit dem OB. Auch ausreichend bezahlbarer Wohnraum ist für eine belebte Studentenstadt wichtig. Gespannt schaue man nun auf die neue Landesregierung und die kommende Haushaltsaufstellung, insbesondere im Wissenschaftsbereich.



Besuch im Geopark Schwäbische Alb



Auf Einladung von Ulrich Ruckh, Vorsitzender UNESCO Global Geopark Schwäbische Alb e.V., und Geschäftsführerin Iris Bohnacker besuchte ich Ende Juni die Geschäftsstelle in Schelklingen. Mit zehn beteiligten Landkreisen und rund 20 Prozent der Landesfläche macht der Geopark das weltweit einzigartige erdgeschichtliche Erbe der Region sicht- und erlebbar und verbindet in seinen vielfältigen Projekten Geobildung und Geotopschutz mit nachhaltiger Tourismus- und Regionalentwicklung. Inzwischen sei man gut vernetzt und erreiche mehr Sichtbarkeit, jedoch sei vielen Kommunen nicht bewusst, dass sie mit dem Geopark ein UNESCO-Siegel besitzen, das die Schwäbische Alb als Landschaft von internationaler Bedeutung auszeichnet, erklärte Bohnacker. Sichtbarkeit und Vernetzung sind essentiell, deswegen machte ich den Vorschlag zu einer öffentlichen Sommertour durch den gesamten Geopark mit den jeweiligen örtlichen Abgeordneten, Landräten und Bürgermeistern und empfahl, auch die zuständige Ministerin einzuladen. Mit insgesamt 40 Geopoints, 24 Info-Stellen und 13 Geoparkschulen – mit der Egauschule in Dischingen und der Hillerschule in Steinheim auch zwei im Wahlkreis Heidenheim – sei man in der Fläche schon gut präsent. Mit Entdecker- und Höhlenforscherkarte und weiteren Printprodukten, auch auf Englisch, sollen Touristen aber auch Einheimische umfassend informiert werden. Um das UNESCO-Label langfristig für die Schwäbische Alb zu erhalten und seine Arbeit gezielt ausbauen zu können, braucht der Geopark auch weiterhin dringend die institutionelle Förderung durch das Land. Für die kommenden Haushaltsverhandlungen in Stuttgart sagte ich meine Unterstützung zu.

Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL

Redaktion: Danjela Folberth

Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim

Tel.: 07321/ 4 00 80

E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de

Internet: www.andreas-stoch.de